

Bern

Grube-Buben erhalten «ihr» Buch zurück

Nach Vernichtungsaktion Erfolg für die ehemaligen Heimkinder: Eine aus dem Verkehr gezogene Publikation über das Könizer Kinderheim erscheint in neuer Form.

Naomi Jones

Im Oktober erscheint ein neues Buch über die Geschichte des 2011 geschlossenen Könizer Knabenheims «Auf der Grube». Dann wird es ziemlich genau zwei Jahre her sein, dass eine Gruppe von ehemaligen Heimkindern über 500 Unterschriften gesammelt und die Wiederauflage «ihres» Buches gefordert hatte.

«Ihr» Buch ist heute nicht mehr erhältlich. Und zwar nicht, weil es ausverkauft wäre, sondern weil rund 1500 Exemplare vernichtet wurden.

In den Entsorgungshof hatte sie Hans-Peter Hofer gebracht. Der zweitletzte Leiter des Heims fand, er sei im Buch falsch dargestellt worden, und klagte gegen die Herausgeber. In einem Vergleich bewirkte er, dass ihm der Rest der Auflage ausgehändigt wurde. Mehr noch, er suchte Bibliotheken auf und brachte sie dazu, das Buch für die Ausleihe zu sperren, etwa die Schweizer Nationalbibliothek.

Grube-Bub gründet Redaktionsgruppe

Für die ehemaligen Heimkinder war das ein Schlag ins Gesicht. Als Folge der Petition gründete Heinz Kräuchi, selber ein Grube-Bub, gemeinsam mit dem Journalisten Fredi Lerch und den Historikerinnen Tanja Rietmann, Katrin Rieder und Caroline Bühler eine Redaktionsgruppe, um ein neues Buch herauszugeben. Zusammen mit dem Verlag suchte die Gruppe die nötigen Geldgeber und weitere Schreibende. Auch das Konzept des Buches ist neu.

Der Fokus liegt jetzt weniger auf der historischen Recherche als vielmehr auf Zeugenberichten aus den letzten Jahrzehnten. Eine Chronik des Heims ist in gekürzter Form nach wie vor Teil des Buches. Den Hauptteil bilden aber acht Porträts von ehemaligen Heimkindern in Form von Aufzeichnungen. Sie geben zum Teil sehr intime und berührende Einblicke in das, was sie in den 1960er- und 1970er-Jahren im autoritär geführten Kinderheim erlebt haben.

Daneben kommen ehemalige Mitarbeitende zu Wort. Auch Hans-Peter Hofer, der letztlich den Ausschlag für das neue Buch gegeben hat, darf seine Sicht der Dinge darstellen. Er habe sich nie



Heinz Kräuchi lancierte die Petition für das Grube-Buch und gründete anschliessend die Redaktionsgruppe. Im neuen Buch kommt er als Ehemaliger zu Wort. Foto: Adrian Moser

gegen die Aufarbeitung der Geschichte des Heims gewehrt, schreibt Hofer auf Anfrage, sondern lediglich gegen die Arbeit des Autors Fredi Lerch. Hofer wirft Lerch auch bei dieser Gelegenheit vor, «Geschichte fahrlässig oder vorsätzlich falsch wiedergegeben» zu haben, ein Vorwurf, dem etwa die Historikerin Tanja Rietmann dezidiert widerspricht. Aber er wünsche dem neuen Buch, «dass es diesmal ein wirklich gutes» werde, schreibt

Hofer. In der Chronik wird die Ära der letzten beiden Heimleiter nur noch erwähnt, aber nicht mehr wirklich behandelt.

Entschuldigung für «erlittenes Unrecht»

Das erste Buch war im Mai 2013 erschienen. Es arbeitete die Geschichte der Institution und damit ein Stück Schweizer Sozialgeschichte auf. In einer ausführlichen Chronik, die auf schriftlichen Quellen beruhte,

stellte der Journalist Fredi Lerch dar, wie Kinder in der Grube unter Zwang erzogen wurden. Das Buch war von der Nachfolgestiftung des aufgelösten Heims in Auftrag gegeben und finanziert worden und wurde den ehemaligen Heimkindern gewidmet. Die Stiftung entschuldigte sich darin explizit «für erlittenes und ertragenes Unrecht». Für die Betroffenen bedeutete dies «das Ende der Stigmatisierung», wie Kräuchi damals sagte.

Als die Vernichtung des Buches im Juli 2020 publik wurde, entbrannte eine öffentliche Diskussion über deren Rechtmässigkeit. Namhafte Historiker und Historikerinnen wie Urs Germann und Tanja Rietmann kritisieren Hofers Vernichtungsaktion als «massiven Eingriff in die Aufarbeitung der Geschichte fürsorglicher Zwangsmassnahmen». Das Berner Onlineportal Journal-B machte das Buch zumindest elektronisch wieder zugänglich, und die Nationalbibliothek stellte es wieder ins Regal.

«Dass ich mit meiner Unterschrift unter den Vergleich zugelassen habe, was dann folgte, war ein schwerer Fehler.»

Fredi Lerch
Journalist

Der Initiator des neuen Buches, Heinz Kräuchi, ist froh, dass dieses schon bald in Druck gehen kann. «Es war ein (Champf), aber es wird ein schönes Buch.»

Auch der von Hofer angeklagte Autor Fredi Lerch freut sich. Er bereut, in den Vergleich mit Hofer eingewilligt zu haben. Dass er mit seiner «Unterschrift unter den Vergleich zugelassen habe, was dann folgte, war sicher der schwerere Fehler» als derjenige, den er im Text des ersten Buches tatsächlich gemacht habe, schreibt Lerch. Es ging um die exakte Bezeichnung einer Ausbildung, die Hofer hätte nachholen sollen. Er habe sich auf das Protokoll einer Sitzung bezogen, in der sich der Stiftungsrat, Vertretende der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) und das Ehepaar Hofer zur Trennung ausgesprochen hätten, so Lerch. «Mein Fehler bestand genau genommen darin, dass ich das Wort «Heimleitungsausbildung» nicht in Anführungszeichen gesetzt und mit einem Fussnotenverweis auf dieses Protokoll versehen habe.» Das neue Buch sei aber besser als das erste. Nämlich «mit den Ehemaligen, statt über die Ehemaligen».

Widerstand gegen Kürzungen

Zu wenig Logopädie Der Logopädenmangel an Berner Schulen spitzt sich zu. Betroffene wehren sich mit einer Petition.

Ab August könnten manche Kinder im Kanton Bern keine oder zu wenig Logopädie bekommen. Das ist die grosse Sorge von Eltern und Logopädinnen – es handelt sich um einen fast reinen Frauenberuf. Sie protestieren deshalb gegen die geplante Neuorganisation. In einer Petition fordern sie von der bernischen Bildungsdirektorin Christine Häslar (Grüne), sich dafür einzusetzen, dass der Kanton weiter auch die Therapie bei privaten Logopädinnen bezahlt.

Denn ab dem neuen Schuljahr übernimmt der Kanton in den allermeisten Fällen nur noch für Kinder vor dem Eintritt in den regulären Kindergarten und nach der obligatorischen Schulzeit die Kosten für die Therapie in einer privaten Praxis. In den Jahren dazwischen müssen sie in die Schullogopädie gehen. Doch oft haben Schulen gar nicht genügend Ressourcen zur Verfügung, um genügend Lektionen anzubieten.

Betroffene Eltern haben sich formiert und bezeichnen das Vorgehen des Kantons als «inakzeptable Sparmassnahme bei Kindern mit schweren Sprachentwicklungsstörungen». Sie beklagen, dass Familien zu wenig Gehör finden: «Eltern werden von der Bildungsdirektion abgewimmelt. Lösungen und auch Rechtsmittel werden verwehrt, es wird auf Zeit gespielt.»

Deshalb haben sie eine Petition lanciert. Darin fordern sie, dass «dass die bisherigen Settings mit den privaten Logopädinnen und Logopäden weiterhin durch den Kanton finanziert werden». Lanciert wurde die Petition am 26. Mai, also vor gut zwei Wochen, bisher haben 934 Personen unterschrieben. In den nächsten Tagen soll die Petition an Christine Häslar übergeben werden.

Bei der kantonalen Bildungs- und Kulturdirektion argumentiert man mit Fairness-Überlegungen für den Systemwechsel. Wenn alle in der Schule logopädisch abgeklärt werden, sollen die Unterschiede zwischen den vielen Möglichkeiten in der Stadt und den wenigen privaten Angeboten auf dem Land weniger stark ins Gewicht fallen. Gleichzeitig hätten damit die Kinder von besonders initiativen Eltern und von solchen, die Sprachschwierigkeiten gar nicht erst erkennen, eher ähnliche Chancen.

Mirjam Comtesse

Weshalb viele private Betten leer bleiben

Geflüchtete Der Kanton Bern setzt für ukrainische Geflüchtete auf Kollektivunterkünfte. Die Flüchtlingshilfe ist davon nicht überzeugt.

Wie in der ganzen Schweiz war und ist auch in Bern die Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine gross: Viele haben Betten, Zimmer oder ganze Wohnungen bereitgestellt. Neue Zahlen zeigen aber, dass der grösste Teil dieser privat angebotenen Betten ungenutzt bleibt. Ein Campax-Mediensprecher spricht auf Anfrage der «SonntagsZeitung» von schweizweit 52'500 freien Plätzen für Ukrainerinnen – 91 Prozent aller registrierten Plätze seien somit bis heute leer.

Ähnlich zeige sich die Situation im Kanton Bern, wo aktuell

8550 Plätze in Privatunterkünften frei seien. Gemeinsam mit der Flüchtlingshilfe vermittelt Campax die privaten Unterkünfte an Geflüchtete. Doch die Zuweisung der Geflüchteten liegt letztlich in der Kompetenz des Kantons.

Ob in Bern die vielen freien Privatbetten noch zum Zug kommen, bleibt deshalb fraglich. Der Kanton schätze zwar die «vielen Angebote für private Unterbringungen», doch er wolle sich auf Kollektivunterkünfte konzentrieren, wie Gundekar Giebel, Mediensprecher der kantonalen Integrationsdirektion (GSI) sagt.

«In Kollektivunterkünften können die Geflüchteten im eigenen Kulturkreis zusammenleben», erklärt Giebel diesen Entscheid. Die Strukturen seien grösser, und es sei einfacher, sich gegenseitig zu unterstützen. Zudem sei das Engagement der Gastfamilien freiwilliger Natur, weshalb sie jederzeit wieder aussteigen können. «Wir als Behörden müssen aber die zugewiesenen Personen jederzeit und dauerhaft unterbringen können.» Dem Kanton seien «einzelne Fälle» von vorzeitigen Abbrüchen von Gastfamilienaufenthalten bekannt.

Der Entscheid stimmt die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) nicht glücklich. Mediensprecherin Sylvia Braun schreibt auf Anfrage, dass Kollektivstrukturen bei den aktuellen Flüchtlingszahlen zwar unumgänglich seien. «Sie sollten aber eine Übergangslösung für wenige Tage darstellen.» Die SFH würde es begrüssen, wenn die privaten Hilfsangebote genutzt würden.

Die wohl prominenteste Kollektivunterkunft ist das Containernord, das auf dem Vierfeld am Berner Stadtrand gebaut wird. Angesichts der freien Privatunter-

künfte ein Schnellschuss? Für den Kanton nicht. Dieser rechnet mit bis zu 20'000 ukrainischen Geflüchteten bis Ende Jahr. Laut GSI-Sprecher Giebel will der Kanton dafür mit 4000 Betten in Kollektivunterkünften vorbereitet sein.

Derzeit befinden sich gemäss GSI rund 6800 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer im Kanton Bern. Davon etwa 4700 in Gastfamilien, 900 in eigenen Wohnungen und 1100 in Kollektivunterkünften. Letztere sind nicht voll ausgelastet: Rund 7500 Betten sind zurzeit frei. So schnell wird sich das auch nicht ändern, denn der

Kanton Bern ist über dem interkantonalen Verteilungsschlüssel, weshalb derzeit kaum Zuteilungen erfolgen.

Nichtsdestotrotz ist für den Kanton eines klar: Niemand wisse, wie sich die Lage entwickeln werde. «Daher ist es wichtig, vorbereitet zu sein und genügend Betten zur Verfügung zu haben», so Giebel. Hierfür seien auch Unterbringungen in Gastfamilien sehr wichtig. «Aber oftmals keine Lösung, die über längere Zeit stabil bleibt.»

Maurin Baumann